

II. Departement		ST	
27. NOV. 1991		774	
Z		K	
A: 6.0.200			

Schweiz. Nationalbank
Bereich Volkswirtschaft
D/25. November 1991

Bericht über eine Erkundungsreise in die baltischen Staaten 3.-15. November 1991

Unter Leitung von Herrn Gygi reiste eine Delegation des Bundes in die drei baltischen Staaten, um ein schweizerisches Beratungsprojekt für den Aufbau des Geld- und Bankensystems zu definieren. Die Delegation umfasste die Herren Gygi (EFV/EFD), Lautenberg (Finanz- und Wirtschaftsdienst/EDA), Condrau (SBV), Cornu (EBK) und Gruber (DIO/EDA) sowie D. Die drei Hauptstädte wurden zweimal besucht, das zweite Mal im engeren Kreis ohne die Herren Gygi und Lautenberg. Der Empfang in Litauen, dem die Visite einer litauischen Delegation in Bern voranging, war besonders gastfreundlich¹ und die Gespräche am ergiebigsten. Auch erhielten wir Gelegenheit, eine längere Diskussion mit Premierminister Vagnorius zu führen und Präsident Landsbergis einen Höflichkeitsbesuch abzustatten. In den beiden anderen Ländern konnten die Besuche erst an Ort und Stelle organisiert werden. In Estland, das mit den Wirtschaftsreformen am weitesten fortgeschritten ist, will man zuerst ein Gesamtkonzept erarbeiten und anschliessend über konkrete Hilfsmassnahmen diskutieren. In Lettland wurde unser Besuch zwar sehr kurzfristig organisiert; man erfüllte uns jedoch im Hinblick auf die Gesprächspartner alle Wünsche, einschliesslich eines Besuchs bei der Universität Lettland und beim Industrieunternehmen "vef" (Telefonzentralen, Transistorenradios u.a.).

1. Lage und Stand der Reformen in den baltischen Staaten

Der dominierende Eindruck der Reise war für mich die Kluft zwischen der politischen Unabhängigkeit, welche seit August/September existiert, und dem hohen Ausmass an noch bestehender wirtschaftlicher Integration in das sowjetische System. Die Ablösung dürfte wohl, da sie auch die Geistes-

¹ Die Bank von Lettland und die Bank von Litauen bezahlten auch unsere Hotelpesen. Wir werden zu gegebener Zeit daran denken müssen, Gegenrecht zu gewähren.

haltung einschliesst, eine Generation beanspruchen. Heute ist die kommunistische Partei zwar verboten; die Personen, die an den wichtigen Schaltstellen sitzen, sind häufig dieselben geblieben. Dies scheint selbst für die Parlamente in hohem Masse zu gelten. Der Personenkreis, der fähig ist, Reformen durchzuführen, ist in allen Ländern noch ausserordentlich klein. Der personelle Engpass äussert sich darin, dass neue Funktionen, wie diejenige des Notenbankgouverneurs von sehr jungen Leuten wahrgenommen werden. Der Notenbankgouverneur der Bank von Lettland ist 28 Jahre alt und unerfahren. - Wer in der ehemaligen Sowjetunion Erfahrung hat, hat falsche Erfahrungen. - Beim Stellvertreter des Gouverneurs kann englisch nicht mehr vorausgesetzt werden. Auf der nächsten Stufe begegneten wir ausschliesslich sowjetischen Funktionären und kommunizierten mit Hilfe russischer Uebersetzung.

Ein tieferes Verständnis der Marktwirtschaft fehlt in den baltischen Staaten noch weitgehend. Es ist zu erwarten, dass insbesondere die Konzepte des Preises und des unternehmerischen Risikos ambivalente Reaktionen auslösen werden. Das Konzept eines "gerechten" Preises, der die Produktionskosten und einen angemessenen Gewinn reflektiert, wäre wohl leichter zu akzeptieren als die marktwirtschaftliche Vorstellung eines markträumenden Preises, der je nach Knappheitsverhältnissen sehr unterschiedliche Gewinne bedeutet. Die Preisliberalisierung stösst auf Schwierigkeiten, da sie zu massiven Preiserhöhungen führt. In Estland, wo sie am weitesten fortgeschritten ist, behält sich der Staat selektiv Preissetzungs- und Zustimmungskompetenzen vor. In Litauen scheiterte die Regierung Prunskiene Ende 1990 an der geplanten Wirtschaftsreform und nicht zuletzt an der Preisliberalisierung. Sie wird erst jetzt durchgeführt. Alles in allem ist somit noch offen, in welchem Ausmass die Bevölkerung die Implikationen der Marktwirtschaft, wenn sie einmal voll begriffen sind, akzeptieren wird. Mit dem unternehmerischen Risiko von Gewinn und Verlust wurden noch kaum Erfahrungen gemacht, da die Privatisierung erst in den Anfängen steckt.

Die rechtlichen Grundlagen für die marktwirtschaftlichen Reformen sind in Vorbereitung. Dazu gehören insbesondere die Staatsverfassung, Gesetze über die Staatsbürgerschaft, die Notenbank- und die Bankengesetzgebung. In Litauen wurde die Delegation (von Präsident Landsbergis) ersucht, zum Entwurf des Bankengesetzes Stellung zu nehmen.

Im Vergleich zu den mitteleuropäischen Ländern besteht in den ehemaligen Sowjetrepubliken eine Reihe zusätzlicher Probleme. Eine besondere Schwierigkeit bei der Einführung der Marktwirtschaft bildet die monopolistische und sehr einseitige Produktionsstruktur, welche die starke Arbeitsteilung in der ehemaligen Sowjetunion hinterlässt. Daraus folgt auch, dass der Löwenanteil des Aussenhandels mit der ehemaligen Sowjetunion abgewickelt wird und eine sehr starke Importabhängigkeit besteht. Akute Probleme bei der Erdölversorgung bestehen bereits in Lettland und Litauen. So wichtig die Oeffnung nach Westen für die baltischen Länder ist, werden sie nicht darum herumkommen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den östlichen Nachbarn zu regeln und zu pflegen. Dazu kommt, dass der Anteil der im Laufe der Jahre eingewanderten russischen Bevölkerung in Estland und Lettland mit 30-35% erheblich ist (Litauen: 9%). In Riga beträgt der russische Bevölkerungsanteil 47%.

Die wirtschaftliche Versorgungslage ist vor allem in Litauen schlecht, in Estland dank der Nähe zu Finnland am besten. Die Geschäftsregale sind in allen drei Ländern praktisch leer. In Estland werden Ausländer öfters gezwungen, die in Rubel angeschriebenen Preise in harter Währung zu bezahlen, und zwar zu einem Umrechnungskurs, der einigermaßen die Kaufkraftparität herstellt. In Lettland und Litauen können dagegen Rubelpreise bezahlt werden, die für Besucher aus westlichen Ländern groteske Relationen ergeben, beispielsweise einen Preis von 40 Rappen für ein Nachtessen. Dass die Bevölkerung besser gekleidet ist, als man auf Grund des fehlenden Warenangebots annehmen würde, ist darauf zurückzuführen, dass die Güter in erheblichem Masse über andere Kanäle zugeteilt werden. Insgesamt vermitteln die drei Hauptstädte einen ärmlichen Eindruck, jedoch nicht das Bild der Armut. Die Gebäude der grossen und sehr schönen Altstädte sind häufig schwer vernachlässigt. In den baltischen Staaten rechnet man - wie man uns bei der Bank von Lettland versicherte - trotz allen Schwierigkeiten diesen Winter nicht mit Hungersnot.

2. Notenbanken und Geschäftsbanken

Die Notenbanken der drei baltischen Staaten befinden sich noch in einem embryonalen Zustand. Sie üben heute vor allem zwei Funktionen aus. Die Notenbank besorgt einerseits die Versorgung mit Rubel. Wie uns die Leite-

rin des "Money Circulation Department" der Bank von Lettland erklärte, werden Rubel bei der Staatsbank (Gosbank) in Moskau bestellt und an die Unternehmungen verteilt. "Ueberschüssige" Rubel, d.h. Beträge die nicht für Lohnzahlungen erforderlich sind, werden von einem Inkasso-Team wieder eingesammelt. Der Rubelentwertung wird durch Lohnerhöhungen und entsprechend grössere Rubelbestellungen begegnet. Die Bank von Lettland wickelt 80% ihrer Zahlungen in Rubel ab. Die zweite Aufgabe der Notenbanken besteht nach der Uebernahme früherer sowjetischer Staatsbanken (z.B. Agrar-, Industrie-, Sparbank) in der Ausübung von Bankenfunktionen. Die Niederlassungen der sowjetischen Staatsbank (Gosbank) konnten in allen drei Ländern noch nicht übernommen werden. Dasselbe gilt für die sowjetische Aussenhandelsbank (Vneshekonombank, VEB) in Lettland und Litauen. Devisengeschäfte werden allerdings immer weniger mit der VEB, sondern direkt über Korrespondenten in westlichen Ländern getätigt. Dieses Verhalten verstärkt die Illiquidität der Sowjetunion.

Die Einführung einer eigenen Währung wird vorbereitet, so dass der Uebergang im Jahre 1992 vollzogen werden könnte. Der Zeitpunkt wird einerseits vom Gang der Vorbereitungen und andererseits von der Geschwindigkeit des Kaufkraftzerfalls des Rubels abhängen. Es ist auch denkbar, dass die Republik Russland eine eigene Währung einführt. In Estland sind die neuen Banknoten ("Kroon", Krone) bereits gedruckt. In Lettland war eine grössere Zurückhaltung im Hinblick auf eine rasche Einführung der Währung ("Lat") zu spüren. In Litauen scheint der Auftrag zur Produktion der Währung ("Litas") bereits erteilt worden zu sein. Die Währungsreform wird verständlicherweise vertraulich behandelt. Dies betrifft Fragen wie die Deckung der Währung, die Fixierung des Wechselkurses gegenüber harten Währungen und gegenüber dem Rubel, die Form des Währungstauschs, die Konvertibilität der Währung und die allfällige Einführung von Schutzzöllen. Zum Teil dürften diese Fragen vermutlich noch nicht vollständig geklärt sein. In Estland und Lettland wird eine Bindung des Wechselkurses an den ECU erwogen. Die Frage, ob die Ertragsbilanzsituation eine solche Bindung sinnvoll mache, wurde nicht ganz überzeugend bejaht. Im industriellen Bereich dürften Aenderungen in der Struktur der Rohstoff- und Vorleistungsimporte sowie erhebliche Sortimentsumstellungen und technologische Verbesserungen erforderlich sein, bis die baltischen Staaten international wettbewerbsfähig sind. Der IWF wird den Schwerpunkt seiner Berater-tätigkeit im Bereiche von Währungsreform, Zentralbankaufbau, Geld- und

Fiskalpolitik setzen und Koordinationsaufgaben übernehmen. Eine Delegation des Central Banking Department des IWF wird Ende November/Anfang Dezember in die baltischen Länder reisen. Da insbesondere der IWF - aber auch die Weltbank - nur beschränkte Ressourcen für technische Hilfe zur Verfügung haben und in der ehemaligen Sowjetunion noch viele Aufgaben seiner harren, wird auf nationaler Ebene noch viel zu tun bleiben.

Die baltischen Staaten streben ein zweistufiges Bankensystem an. In den drei Ländern sind heute zwischen 10 und 30 Geschäftsbanken tätig. Sie gewähren Kredite, tätigen Devisengeschäfte und wickeln Zahlungen ab. Die Devisengeschäfte werden teilweise über die sowjetische VEB, zunehmend jedoch über Korrespondentenbanken in westlichen Ländern abgewickelt. Nach dem Vorbild der Nordischen Investitionsbank wurde eine Baltische Investitionsbank gegründet. Ein Kreditkartensystem (Visa) soll Ende 1992 eingeführt werden. Eine Bankenaufsicht besteht nicht und die Einsicht in ihre Notwendigkeit ist nicht überall gegeben.

3. Mögliche Projekte für schweizerische Hilfeleistungen

Die Möglichkeiten für schweizerische Beratungsprojekte im Bereich des Geld- und Bankenwesens sind zahlreich. Ebenso zahlreich sind auch die Delegationen, die zur Zeit die baltischen Staaten bereisen. Wir stellten fest, dass die Gesprächspartner uns aus verständlichen Gründen darüber eher zurückhaltend und unvollständig informierten. Der frühe Zeitpunkt unserer Erkundungsreise hat den Vorteil, dass wir uns rechtzeitig Gedanken machen können. Auf der anderen Seite fehlt zur Zeit noch die Grobstruktur und Koordination der Auslandshilfe, innerhalb derer wir uns zweckmässigerweise einordnen sollten. Herr Gygi hat deshalb Herrn Condrau beauftragt, die schweizerische Hilfe Anfang Dezember mit dem IWF in Washington abzusprechen.

Es ist schwierig, mögliche Beratungsbereiche abzustecken, da die Länder Mühe haben, ihre Bedürfnisse und Prioritäten zu artikulieren. So versicherte man uns in Litauen, dass alles benötigt werde und konkrete Projekte allein von uns abhingen. Ferner muss die Hilfe international koordiniert werden, um Ineffizienz zu vermeiden. Schliesslich sollte versucht werden,

Synergieeffekte zu erreichen, indem Projekte für alle drei Länder formuliert werden. Dies schliesst nicht aus, dass in Litauen, wo das Interesse im Moment am grössten ist, begonnen wird.

Im Laufe der Gespräche kristallisierten sich folgende mögliche Beratungsbereiche² heraus:

- im Ausbildungsbereich: Einführung in die Marktwirtschaft
- im Notenbankwesen u.a.: Zentralbankenausbildung generell
Zahlungsverkehr
Banknotenwesen
Auslandoperationen
Informatik
- im Bankwesen u.a.: Aufbau einer Kreditabteilung
Bankenaufsicht

Die praktische Ausbildung hat aus Dringlichkeitsgründen Priorität vor Kursen mit mehr akademischer Ausrichtung. Von amerikanischer Seite wurde die Gründung eines Baltic Banking Institute³ in die Wege geleitet, das Bank- und Notenbankfachleute ausbilden und die Tätigkeit des IWF-Instituts ergänzen wird.

Grundsätzlich sind drei Formen der Beratung denkbar: die Durchführung von Kursen, die Ausbildung am Arbeitsplatz und die begleitende Berater-tätigkeit an Ort und Stelle. Aktionen von allzu kurzer Dauer (z.B. zwei Tage) sind relativ nutzlos. Andererseits sind qualifizierte Mitarbeiter in den baltischen Staaten zu knapp, als dass sie - mindestens vorderhand - längere Zeit entbehrt werden könnten. Aus baltischer Sicht scheint deshalb die begleitende Beratung an Ort und Stelle besonders attraktiv zu sein. Der Entsendung von Beratern für eine längere Zeitdauer dürfte allerdings angesichts der Knappheit der eigenen Ressourcen enge Grenzen gesteckt sein. Eine Beratungsform, die dieser Situation Rechnung trägt, wären Kurse von

² Die Themenliste, die wir in Litauen erhielten, befindet sich im Anhang.

³ Die Gründung geht auf eine Initiative des Hudson Instituts in Verbindung mit der Universität von Indiana zurück. Das Projekt soll auch vom US Treasury unterstützt werden. Im Jahre 1992 sollen bereits 60 Bank- und 30 Notenbankfachleute ausgebildet werden. Grundsätzlich stünde einer europäischen Beteiligung am Institut - wie man uns versicherte - nichts im Wege.

relativ kurzer Dauer, welche durch längere Phasen der individuellen Projektbearbeitung zu Hause unterbrochen wären.

Der Bund wird schweizerische Hilfsprojekte voraussichtlich aus dem Kredit von 800 Mio. Franken finanzieren, der allerdings vom Parlament noch genehmigt werden muss. Welchen Beitrag die Nationalbank leisten kann, ist noch offen. Zwei Möglichkeiten sind besonders naheliegend:

- die Zentralbankenseminare im Studienzentrum Gerzensee. Möglichkeiten für eine Durchführung mit russischer Uebersetzung sind zur Zeit nicht gegeben. Möglicherweise wären auch einführende Vorkurse notwendig. Es wäre allerdings zu prüfen, ob die Vertreter ehemaliger Sowjetrepubliken und mitteleuropäischer Länder gemeinsam an Kursen von relativ langer Dauer teilnehmen möchten.
- die spezifische Ausbildung am Arbeitsplatz. In welchem Ausmass diese bei den Notenbanken der baltischen Staaten oder bei der Nationalbank erfolgen sollte, wäre abzuklären. Es wäre wohl auf jeden Fall unerlässlich, dass der Leiter des entsprechenden SNB-Ressorts vorher einen Augenschein bei der betreffenden baltischen Notenbank nimmt. Möglichkeiten dieser Art wären beispielsweise im Ressort Devisenanlagen oder im Bereich Abwicklung und Informatik denkbar.

Eine einfache und nicht sehr kostspielige Hilfeleistung wäre die Zustellung von Textbüchern (Einführung in die Marktwirtschaft) zu Händen der Universitäten, wo Marx mangels anderer Lehrbücher noch immer sein Unwesen treibt. Das Dozentengehalt der Universität Lettland, das einen Gegenwert von 10 Dollars ausmacht, mag als Hinweis für den Wert ausländischer Lehrbücher dienen. Bei den Notenbanken wären Textbücher zur Einführung in das Notenbankwesen zweckmässig, um auch die autodidaktische Ausbildung zu ermöglichen. Hier wäre eine Arbeitsteilung zwischen Bund und Nationalbank denkbar, wobei sich letztere der Notenbanken annehmen könnte.

4. Weiteres Vorgehen

Am 28. November findet bei Herrn Gygi eine Auswertung der Mission in die baltischen Staaten statt. Der Bericht über die Erkundungsreise wird von Herrn Condrau redigiert werden, wobei die Delegationsteilnehmer für ihre

Teile verantwortlich sind. Herr Condrau wird Anfang Dezember die schweizerische Hilfe mit dem IWF in Washington absprechen.

Geht z.K. an:

Direktorium, Stellvertreter, F, WA

BJP, UWB, ME, PM,

RHU, DW, ZI, RB

Herrn Dr. Wasserfallen, Gerzensee



LIETUVOS BANKAS

THE BANK OF LITHUANIA

Technical assistance needed for the creating of banking system in Lithuania

Four main blocks:

1. Educating the staff in the special functions mentioned below incl. international cooperation, and also more generally in Mainstream Economic.
2. Rebuilding a central bank and a financial system in an economy which recently has gained independence and which at the same time is in transition from a centrally planned economy,
 - general functioning of a central bank,
 - accountancy system for the central bank,
 - the implementation of International banking accountancy system,
 - legislation (central bank, commercial banks, other financial institutions, stock exchange, banking supervision, enterprises),
 - payment system.
 - systems of crediting and guarantees.
3. Solving practical economic problems
 - introduction of a national currency,
 - payment of Eastern trade (barter, clearing),
 - regulation of the quantity of money,
 - foreign exchange regulation incl. cooperation between the central bank, other domestic authorities and the banks,
 - implementation of taxation and custom systems,
 - consultancy on overseas gold holding financial management.
4. Building technical facilities
 - EDP-system,
 - SWIFT's system technical equipment and expenses of exploitation and keeping,
 - contacts to international banks (correspondent banking),
 - provision with computers and other technical equipment for 30 bank branches,
 - REUTER's system implementation for 5-7 working places, expenses of exploitation and keeping,
 - equipment for 4-6 dealer's working places,
 - banknotes and coins counting, sorting and identifying technical facilities for 30 bank branches.

Notes:

The priority according the layout of tems.


 Vilius Baldišis
 Governor of the Bank of Lithuania